

1. ÖPNV zum Nulltarif

Stimme teilweise zu (kostenlose Nutzung für spezifische Gruppen (bspw. Schüler*innen und Rentner*innen); generell günstige Mobilitätsflatrates (z.B. 365-Euro-Ticket))

2. Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken

Stimme zu

3. Wegwerfstopp für Supermärkte

Stimme zu (kurzfristig: Entkriminalisierung des „Containerns“; langfristig nach französischem Vorbild ein generelles Verbot zur Entsorgung unverkaufter Lebensmittel)

4. Verbot von Massentierhaltung

Stimme teilweise zu (Erhöhung der geltenden Mindeststandards in der deutschen und europäischen Tierhaltung)

5. vollständiger Kohleausstieg bis 2030

Stimme zu (bis spätestens 2030 Ausstieg aus der Steinkohle; Ausstieg aus der Braunkohle bereits 2025)

6. bundesweite Klimaneutralität bis spätestens 2035

Stimme teilweise zu (bis 2035 CO₂-Neutralität; bis 2040 Klimaneutralität in Deutschland und Europa - wichtige Unterscheidung zwischen CO₂- und Klimaneutralität)

7. das Verbot von Glyphosat und anderen gefährlichen Pestiziden

Stimme zu (bevorzugt sollen organische Düngemittel bedarfsgerecht eingesetzt werden; Zulassung von Pflanzenschutzmitteln nach europaweit einheitlichen Maßstäben)

8. ein Verbot aller Rüstungsexporte

Stimme zu (Unterstützung der weltweiten Bemühung um Nichtverbreitung von Waffen und Abrüstung)

9. Stopp aller klimaschädlichen Subventionen

Stimme teilweise zu (schrittweiser Abbau aller klimaschädlichen Subventionen)

10. 100% erneuerbare Energieversorgung bis 2035

Stimme zu (Ziel ist es, bereits 2030 mit dem Ende der Kohleverstromung auf eine regenerative Stromversorgung umzuschwenken)

11. Senkung der Stromkosten für Unternehmen und private Haushalte (etwa durch Steuerfinanzierung der EEG-Umlage)

Stimme zu (Strompreis Reform)

12. Anerkennung des Klimawandels als Fluchtursache, Unterstützung ziviler Seenotrettung und Abschiebestopp

Stimme zu

13. Kostenlose Umschulungen mit garantierter Weiterbeschäftigung oder Renten für alle, die durch Klimaschutzmaßnahmen ihre Arbeit verlieren

Stimme zu (Klimapolitik wird mit der Absicherung der Wohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen in Einklang gebracht)

14. Entschädigungszahlungen der Konzerne für die Kosten der verursachten Umweltschäden

Stimme zu

15. Klimaneutraler Umbau bestehender Wirtschaftsstrukturen und Erhalt vorhandener Wertschöpfungsnetzwerke aus Industrie und Dienstleistungen

Stimme zu (Ausrichtung der gesamten Wertschöpfungskette der Industrie an einem integrierten klima-, wirtschafts-, und gesellschaftspolitischen Rahmen)

16. Ein Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen

Stimme nicht zu (Autobahn: 130km/h; außerorts 90 km/h; innerorts 30 km/h)

17. Aufnahme der Gemeinschaftsaufgabe für Biodiversität und Renaturierung ins Grundgesetz

Stimme nicht zu (keine Aufnahme ins GG; nationales Monitoringzentrum für Biodiversität; Renaturierung als zentrale Agenda für die negativen Emissionen)